

II—2775 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 11. Juli 1973 No. 1411/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Ing. Rudolf FISCHER, WESTREICHER, Dr. Blank und Genossen
an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Maßnahmen, mit denen einer sich anbahnenden Krisensituation auf dem Fremdenverkehrssektor wirksam vorgebeugt wird.

Infolge der 4,8 %igen Aufwertung des Schillings und der damit verbundenen Verteuerung der Fremdenverkehrsleistungen haben Pressemeldungen der letzten Tage zufolge zu zahlreichen Stornierungen von Urlaubern aus den Vereinigten Staaten und aus England geführt. Wie aus Berichten von Fremdenverkehrsbetrieben hervorgeht, haben auch Reisebüros der Bundesrepublik Deutschland kurzfristig Stornierungen von Buchungen vorgenommen, da sie in der Schweiz und in Italien um etwa 5 % günstigere Arrangements erhalten.

Durch die überhöhte Aufwertung des österreichischen Schillings zeichnet sich also eine Krisensituation in der Fremdenverkehrswirtschaft ab, von der insbesonders die traditionellen Wintersportgebiete in den westlichen Bundesländern – Vorarlberg, Tirol und Salzburg – am schwersten betroffen wären.

In einem Presseinterview vom 9.7.1973 stellte der Herr Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Maßnahmen in Aussicht, die er allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt einzuleiten gedenkt, falls die Fremdenverkehrswirtschaft durch die erfolgte Aufwertung in Schwierigkeiten gerät.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie folgende

-2-

A n f r a g e :

- 1.) Welche konkreten Maßnahmen halten Sie für erforderlich, um die heimische Fremdenverkehrswirtschaft hinsichtlich der durch die Aufwertung eingetretenen Verteuerung ihrer Leistungen für ausländische Urlauber wieder konkurrenzfähig zu machen?
- 2.) Sind Sie als der für die Fremdenverkehrswirtschaft zuständige Bundesminister bereit, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen steuerliche Erleichterungen für die gegenüber den Nachbarstaaten steuerlich stark benachteiligte österreichische Fremdenverkehrswirtschaft zu initiieren?
- 3.) Wenn ja, bis wann werden Sie solche Maßnahmen ergreifen?